



bpa Arbeitgeberverband newsticker

Sieg für die Tarifautonomie - Tarifausschuss in Niedersachsen lehnt Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags für Pflegeschüler ab

Der niedersächsische Tarifausschuss hat heute nach eingehender Diskussion gegen die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) des „Tarifvertrags über die Ausbildungsbedingungen in der Altenpflege Niedersachsen“ gestimmt. Für den bpa Arbeitgeberverband ist dies – nach der Entscheidung des Bremer Tarifausschusses vom 1. Dezember 2015 – ein weiterer großer Erfolg. Der Verband und die niedersächsische Landesgruppe des bpa e.V. hatten in den vergangenen Wochen und Monaten gemeinsam vehement gegen eine AVE dieses Tarifvertrags argumentiert und dabei sowohl auf die fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen als auch auf die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen einer AVE hingewiesen. Der Tarifausschuss ist offensichtlich den Argumenten beider Verbände gefolgt und hat sich nicht dem großen Druck gebeugt, der in den vergangenen Wochen und Monaten von Seiten der Gewerkschaften und sogar von der niedersächsischen Landesregierung aufgebaut worden war.

Rainer Brüderle, der Präsident des bpa Arbeitgeberverbands sagte in einer ersten Stellungnahme: „Heute ist ein guter Tag für die Soziale Marktwirtschaft in unserem Land. Trotz massiven Drucks von außen – vor allem aus der niedersächsischen Landespolitik - hat sich der Tarifausschuss gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages Pflege für die Auszubildenden entschieden. Damit bleibt die Tarifhoheit der Tarifpartner gewahrt, die wirtschaftliche Vernunft setzt sich durch und kleine und mittlere Pflegeeinrichtungen können sich weiterhin in der Altenpflegeausbildung engagieren“

Wie schon Ende letzten Jahres in Bremen hatte das AVE-Verfahren in Niedersachsen unter großer öffentlicher Beobachtung stattgefunden. Die SPD-Landtagsfraktion, die Wohlfahrtsverbände und natürlich auch die Gewerkschaft ver.di hatten sich immer wieder an die Öffentlichkeit gewandt, um für die AVE Stimmung zu machen. Bei der ersten Sitzung des Tarifausschusses im Dezember 2015 waren zudem noch zahlreiche ver.di-Demonstranten vor dem niedersächsischen Arbeitsministerium erschienen, um dort ihrer

Forderung nach einer AVE des Tarifvertrags Nachdruck zu verleihen.

Wie in Bremen hatten die Befürworter immer wieder behauptet, lediglich im Interesse der Pflegeschüler zu handeln. Aus ihren Pressemitteilungen war aber herauszulesen, dass es vielmehr darum ging, in Niedersachsen einen Einheitspflegemarkt zu schaffen. Dass solch ein Einheitspflegemarkt mittel- bis langfristig zu Qualitätsverlusten in der niedersächsischen Altenpflege führen würde, war den AVE-Befürwortern offensichtlich nicht so wichtig.

Die privaten Pflegeanbieter können nun aufatmen. Es ist zu erwarten, dass auch in Niedersachsen jetzt erst einmal von dem Vorhaben Abstand genommen wird, weitere allgemeinverbindliche Tarifverträge auf den Weg zu bringen. „Jetzt werden hoffentlich die Ambitionen begraben, einen bundesweiten Einheitslohn in der Pflege einzuführen, der keine regionale und betriebliche Flexibilität zulässt. Das Engagement der Politik in einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Pflege wäre besser in die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Pflege investiert“, sagte Bernd Meurer, Vize-Präsident des bpa Arbeitgeberverbands.

Der bpa Arbeitgeberverband fordert nun die Zuständigen in Niedersachsen dazu auf, endlich über folgende Fragen in den Dialog mit den Beschäftigten und ihren Einrichtungen zu treten: Wie können wir die Kostenträger zu einer besseren Personalausstattung, zur Entlastung der Pflegekräfte, bewegen? Wie können wir Bürokratie abbauen und mehr Zeit für Zuwendung organisieren? Wie können Regulierungen wie Fachkraftquoten flexibel eingesetzt werden, um Flexibilität beim Personaleinsatz zu ermöglichen?

Rainer Brüderle und Bernd Meurer dankten den Mitgliedern des Tarifausschusses, die sich nicht dem öffentlichen Druck gebeugt hatten: „Sie haben heute Standhaftigkeit bewiesen und damit die Tarifautonomie vor dem Zugriff der Politik bewahrt“, so Meurer.

Im Anhang finden sie die Pressemitteilung des bpa Arbeitgeberverbands vom heutigen Tag.

Webimpression